



Martin Batliner (l.), Vizepräsident des Stiftungsrates von Zukunft.li, und Thomas Lorenz, Geschäftsführer, präsentierten die Studie zum Finanzausgleich. FOTO: DANIEL OSPELT

FOTO: DANIEL OSPELT

Finanzausgleich soll reformiert werden

Die erste Studie des Think-Tanks Stiftung Zukunft.li untersuchte den Finanzausgleich unter den Gemeinden. Die Autoren der Studie kamen dabei zum Schluss: Die Gemeinden sollen mehr Autonomie bekommen – und so das System effizienter und fairer machen.

→ «Um es gleich vorwegzunehmen: Der Finanzausgleich ist weit mehr als eine blosser Umverteilung von Geldern zum Abbau von Steuerkraftunterschieden», so Thomas Lorenz, Geschäftsführer der Stiftung Zukunft.li. Der Finanzausgleich sei eingebettet in die Aufgabenteilung zwischen Land und Gemeinden sowie in die Verteilung der Steuereinnahmen auf die beiden Staatsebenen. «Ausserdem beeinflusst die Konzeption des Finanzausgleichs auch das Verhältnis der Bürger zur Gemeindepolitik. Desto stärker die Aufgaben und Projekte der Gemeinde über die eigenen Steuereinnahmen finanziert werden müssen, desto besser wird die Verantwortung für die eigenen Entscheidungen wahrgenommen», so Lorenz weiter.

Subvention statt Ausgleich

Heute habe man in Liechtenstein die Situation, dass das System eher einen Subventions- denn einen Ausgleichscharakter habe. Dadurch, dass nur der Mindestfinanzbedarf pro Kopf sowie einige Sonderleistungen berücksichtigt werden, haben die Gemeinden gar keinen Anreiz, mehr Eigenverantwortung zu übernehmen. Schliesslich werde dank dem Finanzausgleich die Lücke sowieso geschlossen. «Insgesamt ist das heutige System zu wenig flexibel. Wegen des minimalen und maximalen Gemeindesteuerschlagens zwingen wir gewisse Gemeinden dazu, Überschüsse zu erzielen und Reserven anzuhäufen.» Es gebe aber noch einen zweiten

Grund, das heutige System unter die Lupe zu nehmen, erklärt Lorenz: «Es gibt eine grosse Diskrepanz unter den Gemeinden in Bezug auf deren Steuerkraft. Es darf hinterfragt werden, ob die heutige gesetzliche Erfüllung – den Gemeinden ihre Aufgabenerfüllung zu ermöglichen – für ein effizientes Ausgleichssystem noch ausreichend ist.»

Höhere Steuern möglich

Man habe deshalb den Blick über den Rhein geworfen und sei im Aargau fündig geworden. Hier wird – im Gegensatz zum heutigen liechtensteinischen Modell – eine klare Trennung zwischen Ressourcen- und Lastenausgleich gemacht. Der Ressourcenausgleich ist dafür da, die

unterschiedliche Ressourcenausstattungen zu verringern – also ähnlich dem heutigen Mindestfinanzbedarf, jedoch für die Gemeinden Anreize zu erhalten, die eigene Ertragskraft zu stärken, was gegebenenfalls Steuererhöhungen bedeuten könnte.

Gemeindeautonomie stärken

«Die Festlegung des Steuerzuschlages soll ebenfalls flexibler werden. Die bereits diskutierte Vereinheitlichung des Steuerzuschlages würde die Gemeindeautonomie wesentlich schwächen», warnt Lorenz. Denn das Modell der Stiftung Zukunft.li möchte genau das Gegenteil: Den Gemeinden mehr Verantwortung übertragen. **ags**

DU-Chef fordert Rücktritte

Die Entscheidung des Triesner Gemeinderates, die Regenwassergebühr trotz fast 1100 Petitions-Unterschriften beizubehalten, hat den Chef der Unabhängigen, Harry Quaderer, in Rage gebracht.

→ Der Entscheid des Gemeinderates von Triesen komme Quaderer ein wenig vor wie gewisse Entscheidungen der EU, erklärte er. «In der Gemeinde Triesen sind die Gemeinderäte nicht mehr beim Bürger. Sie wissen nicht mehr, was der Bürger will. Es ist lachhaft, dass man 1100 Unterschriften einfach so links liegen lässt. Ich denke, diese Gemeinderäte, welche dagegen gestimmt haben, sollten sich überlegen, aus dem Gemeinderat auszutreten», so

Quaderer gegenüber Radio Liechtenstein wörtlich.

Klare Mehrheit im Gemeinderat

Der Triesner Gemeinderat hat zwar die Petition mit fast 1100 Unterschriften am Dienstag zur Kenntnis genommen, aber in einer Abstimmung mit 7:3 Stimmen entschieden, die Gebühr beizubehalten. Für die Abschaffung der Gebühr stimmten nur der DU-Gemeinderat Ivo Kaufmann und zwei VU-Gemeinderäte.

Die Gemeinde Triesen hatte bereits in der Gemeinderatssitzung vom 17. Dezember eine neue Gebühr eingeführt. Neu müssen die Haushalte in Triesen eine Regenwassergebühr von 65 Rappen pro m² befestigte oder überbaute Grundstücksfläche bezahlen. Dazu kommt noch eine neue Grundgebühr für den Wasserzähler des Abwassers. Die Unabhängigen sammelten in der Folge Unterschriften für eine Wiedererwägung. **mw**



Der Triesner Gemeinderat lässt die Petitionäre im Regen stehen. FOTO: ISTOCK